

# Neuburger Zeitung

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Neuba

Ercheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 0.85 Mk.

Schriftleitung: W. H. Sauer in Hofleben.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Hofleben.  
Verlagsschleife in Neuba: Frau Stammann Weib, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Hofleben Nr. 21. — Hoflebensfonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restmetell 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten: Stadtpostkasse Neuba — Bankverein Artern.

Nr 6

Sonnabend, den 22. Januar 1927

40. Jahrgang.

## Ergebnislose Bemühungen von Dr. Marx.

Wir waren im Reichstag.

Der geschäftsführende Reichstagsler Dr. Marx hat den ihm erteilten Auftrag zur Sondierung der Möglichkeiten der Bildung einer Reichsregierung der Mitte in die Hände des Reichspräsidenten zurückgelegt. Über diesen Schritt wird amtl. folgende Mitteilung ausgegeben:

Berlin, 20. Januar.

In Fortführung der auf die Bildung einer Regierung der Mitte gerichteten Bemühungen hatte heute morgen der Herr Reichstagsler eine erneute eingehende Aussprache mit dem französischen Botschafter der Deutschen Volkspartei, dem Abgeordneten Dr. Scholz, in den Mittagsstunden erhaltet. Der Herr Reichstagsler dem Herrn Reichspräsidenten Bericht über das Ergebnis seiner bisherigen Sondierungen. Angesichts der Widerstände, auf die er bei diesen Bemühungen um eine Regierung der Mitte gestoßen ist, legte der Herr Reichstagsler den ihm gegebenen Auftrag in die Hände des Herrn Reichspräsidenten zurück. Der Herr Reichspräsident hat sich seine weiteren Entscheidungen vorbehalten.

Aber die Aussprache zwischen dem Führer der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, und dem Reichstagsler Dr. Marx wird bekannt, daß Dr. Marx hierbei auf einen Beschluß der Deutschen Volkspartei zu sprechen kam, in dem festgestellt wurde, daß die Frage nicht endgültig gelöst sei, ob die sachliche Voraussetzungen für ein Zusammenwirken mit der deutschen nationalen Reichstagsfraktion auf innen- und außenpolitischem Gebiet gegeben seien. Dr. Scholz erläuterte bei seinem Bericht seinen Bericht der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei dahin, daß die Volkspartei den Beschluß einer Sachverständigenkommission der Mitte für aussichtslos halte und Dr. Marx vorher erklärte, mit den Deutschen Nationalen über eine Bildung einer Reichstagsallianz zu verhandeln.

Auch die Reichstagsfraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung hat es in einer Entscheidung abgelehnt, sich einem Kabinett der Mitte gegenüber zu binden, das in sozialpolitischer Beziehung zu wesentlichen Verbesserungen eingehen würde. Dieser Beschluß richtet sich, wohl gegen die Bemühungen, einen Kabinett der Mitte zum parlamentarischen Sieg durch die Unterstützung der Sozialdemokraten zu verhelfen.

In Reichstagskreisen besteht jedenfalls augenblicklich ein völliger Wirrwarr, und unter den Abgeordneten gewinnt die Überzeugung immer mehr an Boden, daß der Reichstag selbst aufgelöst werden müsse, um durch Neuwahl zu versuchen, eine klare Mehrheit für eine stabile Regierung zu erreichen.

## Marx von neuem beauftragt.

Schreiben des Reichspräsidenten an den Reichstagsler. Reichspräsident v. Hindenburg hat am Donnerstag nachmittags das nachfolgende Schreiben an den geschäftsführenden Reichstagsler Dr. Marx gerichtet:

Sehr geehrter Herr Reichstagsler! Die außen- und innenpolitische Lage des Reiches erfordert eine energiegeladene und feste Regierung. Die Regierung wird am erfolgreichsten arbeiten können, wenn sie sich auf eine Mehrheit im Reichstag stützen kann. Die Bildung einer solchen Mehrheit unter Einfluß der Väter ist zurzeit wenigstens nicht möglich. Der Versuch zur Schaffung einer nur auf die mittleren Parteien gestützten Regierung ist gescheitert.

Nicht minder an Sie, Herr Reichstagsler, das Geschehen, die Bildung einer Regierung auf der Grundlage einer Mehrheit der bürgerlichen Parteien und Reichstages mit unteilbarer Zustimmung vorzunehmen. Ich appelliere gleichzeitig an die hierfür in Frage kommende Fraktionen des Reichstages, persönliche Bedenken und Verweigerungen der Verbindungen im Interesse des Vaterlandes beiseite zu lassen, sich zur Mitarbeit unter ihrer Führung zusammenzuschließen und sich hinter eine Regierung zu vereinigen, die einfließen ist, nicht für und nicht gegen einzelne Parteien, sondern getreu der Verfassung für das Wohl des Vaterlandes zu arbeiten.

Diese neue Regierung soll, wenn ihr auch Vertreter der Volkspartei nicht angehören, dennoch die besondere Pflicht haben, in aller Eile die notwendigen Einverständnisse mit den berechtigten Interessen der breiten Arbeitermassen zu wahren und in dem Bestreben, dem gesamten deutschen Volk in allen feinen Schichten zu dienen, die vor uns stehenden wichtigen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben zu lösen.

Mit der Versicherung meiner besonderen Verehrung bin ich, Ihr ergebener, Herr v. Hindenburg.

## Die deutsch-französischen Beziehungen.

Eine Rede Briands.

Vor dem Kammerauschuß für Auswärtige Angelegenheiten hat Briand den namentlich von der Regierung der Kammer neuwärtigen Ausschuss über die deutsch-französischen Beziehungen gesprochen. Über die Beziehungen des französischen Ministers des Auswärtigen wird von der Tagesagentur eine längere offizielle Mitteilung verbreitet.

Nachdem die Briand vor allem Wert auf die Feststellung, daß vollständige Einigkeit der Regierung in allen Fragen der Außenpolitik bestehe, ob es sich nun um Deutschland, Italien, Spanien oder China handle.

Unterminister Briand erinnerte alsdann an die Bedingungen, unter denen die Regierung die Annaherungspolitik mit Deutschland durch den Abschluß der Abkommen von Locarno eingeleitet habe. Zwischenfälle wie die, die sich in der besetzten Zone ereignen hätten, so bemerklich sei, diesen Frankreich nicht hindern, sein hervorragendes Friedenswerk fortzusetzen. Die Regierung wolle die Richtung ihrer auswärtigen Politik nicht umverändern und werde entschlossen daran schalten, mit der festesten Hoffnung, daß ihr ein entsprechender Wille Deutschlands ihre Aufgabe erleichtern werde. Deutschland besäße auf Grund des Vertrages das Recht, die Frage der vorzeitigen Klärung zu stellen, wenn es seinen Verfassungen hinsichtlich der Reparationen und der Sicherheit nachgeben sei. An dem Tage, an dem Deutschland einen derartigen Antrag stellen werde, werde er vom Ministerrat geprüft werden. Dieser habe darüber zu entscheiden, ob die Garantien genügen, die sowohl hinsichtlich der Reparationen wie der Sicherheit als Gegenleistung für die vorzeitige Aufgabe des Besetzungsbereichs, das Frankreich aus dem Vertrag heraus, angeboten würden. Es werde also die ganze Regierung mit dem Problem befaßt werden und eine Entscheidung zu treffen haben. Auf keinen Fall würden der Ministerrat und das Parlament vor eine vollendete Tatsache gestellt werden.

Zur Frage der Entschaffung, die einen der wesentlichsten Punkte der Verhandlungen war, machte Briand einige genauere Angaben über die zwischen der Volkskammerkommission, dem Interalliierten Militärkomitee von Versailles und General von Pawlowski geführten Verhandlungen.

Bezüglich der Festlegung an der deutschen Schranke erinnerte Briand daran, daß die Angelegenheit ihrer Zeit noch nicht abgeschlossen sei. Die deutsche Vorklage erwarre und daß man die Festlegung nicht aufgeben, daß ein Abkommen vor dem 1. Februar zustande kommen könne, dem Zeitpunkt, an dem der Völkerverbund automatisch mit der Frage befaßt werden würde, wenn dies dahin fest Wölkern zustande gekommen sei.

## Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Die deutsche demokratische Fraktion und die Reichswehr. Die deutsche demokratische Reichstagsfraktion behandelte die Frage der Reichswehr und nahm folgenden Beschluß einstimmig an: Die deutsche demokratische Fraktion ist bereit, sich auf das schärfste, daß ein General in die Politik eingreift und hierbei verkehrende und durch Tatsachen widerlegte Angriffe gegen die Deutsche Demokratische Partei erhebt. Sie erhebt ihren Widerstand, die nötigen Schritte gegen die Wiederholung eines solchen Vorganges und für die Beilegung der Mißstände, die ihm zugrunde liegen, zu tun.

Die Benennung des Generals Lüttich. Im Haushaltsausschuß des Reichstages brachte beim April Reichsverwaltungsgericht der sozialdemokratische Abgeordnete die Zuweisung der Benennung an General v. Lüttich zur Sprache. Reichsarbeitsminister Dr. Braun erklärte auf Befragen, eine Nufrechnung wegen Schändung des Namens von Lüttich im Reichstagsrat nicht erfolgen, weil es sich bei dem zivilrechtlichen Ansprache handelt, mit denen das Reichsverwaltungsgericht nicht zu tun hat. Der Präsident des Reichsverwaltungsgerichts, Scheffer, setzte auseinander, daß das Urteil im Falle Lüttich ganz korrekt nach rein wissenschaftlich-juristischen Erwägungen gefällt sei.

Parlamentsreform in Braunschweig. Von der braunschweigischen Regierung ist, einem Antrag des Landtages entsprechend, eine Vorlage eingebracht worden, die eine Herabsetzung der Zahl der Landtagsabgeordneten von 48 auf 36 vorschlägt. Ferner wird darin zum Ausdruck gebracht, daß Minister nicht zu gleicher Zeit Abgeordnete sein sollen. Diese Bestimmungen sollen erst für den kommenden Landtag Anwendung finden, der im August/September dieses Jahres gewählt werden wird.

Das Landtagsabgeordnete der Landtagsabgeordnete hat die Generalfürsorge zu beschreiben über die Landtagsabgeordneten. Es soll sich um eine Entlassung von 5400 Arbeitern handeln.

Entlassung von 5400 Eisenbahnarbeitern. Berlin. Gegen den der Reichstagsabgeordneten, den Bau von Eisenbahnarbeitern, die durch Modernisierung und Zusammenlegung von Eisenbahnverhältnissen ermöglicht werden soll, haben die Generalfürsorge für die Beschäftigten der Eisenbahnen die Generalfürsorge zu beschreiben über die Landtagsabgeordneten. Es soll sich um eine Entlassung von 5400 Arbeitern handeln.

Neuregelung der Grund- und Gebäudesteuer in Preußen. Berlin. Das preussische Staatsministerium hat den Entwurf eines Grund- und Gebäudesteuergesetzes verabschiedet. Das Gesetz, das an die Stelle des vorläufigen preussischen Grundvermögenssteuergesetzes tritt, die Einführung der

bei der Reichsüberprüfung festgestellten Einheitswerte auch für die preussische Grund- und Gebäudesteuer vor. Der Steuerfuß ist einheitlich für landwirtschaftliches wie für das übrige Grundvermögen auf 2/3 des Zehntels des Wertes vorzusehen. Eine Erhöhung bei der Landwirtschaft, wie sie bisher bei den alten preussischen Grundvermögenssteuerwerten in Kraft war, ist grundsätzlich nicht mehr in Aussicht genommen. Mit Rücksicht auf die kleineren Besitztümer bei der Landwirtschaft eine kleine Degression des Steuerfußes sollen vorgezogen, als bei Werten unter 100 000 Mark für die Steuerfuß auf 1/3 des Zehntels ermäßigt. Hinsichtlich der zwangsbedingten Grundstücke gelten für die Übergangszeit noch besondere Bestimmungen für den Steuerfuß.

## Aus In- und Ausland.

Wienberg. Als im Stadtrat der Nationalsozialist Jock die Nationalpartei als Arbeitervertreter besetzte, wurde er von der sozialdemokratischen Stadtratspartei vertrieben. Die Polizeiwache räumte darauf den Sitzungsraum.

Brüssel. Anlässlich des Jubiläums der Kaiserin von Mexiko hat der König von Belgien für sechs Wochen Hoftrauer angeordnet.

Wienberg. Als im Stadtrat der Nationalsozialist Jock die Nationalpartei als Arbeitervertreter besetzte, wurde er von der sozialdemokratischen Stadtratspartei vertrieben. Die Polizeiwache räumte darauf den Sitzungsraum.

Rom. „Giornale d'Italia“ berichtet, daß im ganzen Februar turmweise längs der ganzen Alpenregion Italien Sinterkationen der verschiedenen Seeresgruppen stattfinden. Bei der langen Alpenregion stellen das ganze Meer auf den alpinen Krieg vorbereitet werden müßte.

Eintritt Ungarns bei der Völkerverbundkonferenz. Budapest. In offiziellen Kreisen werden die Nachrichten, daß die ungarische Regierung bei den Großmächten Schritte unternommen hat, in der Handhabung der Völkerverbund der Militärkontrolle in Ungarn, befaßt. Die diesbezüglichen Vorstellungen wurden bei der Völkerverbundkonferenz gemacht. Die Völkerverbund, auch die anderen Regierungen hieron zu unterstützen, ist nicht aufzugeben.

Quantitätsvertrag eines mexikanischen Handelsleises. Washington. Wie die mexikanische Postzeitung bekanntmacht, wird das Gesetz, welches Ausländern in einer Zone innerhalb 50 Kilometer von der Küste und 100 Kilometer von der Landgrenze entfernt Eigentumsrechte an Grund und Boden erteilt, am 21. Januar in Kraft treten. Nach einer weiteren Mitteilung aus Mexiko soll Präsident Calles seine Bereitwilligkeit ausgedrückt haben, die Auswärtigen der Erdölrechte Fall für Fall einen Schiedsgericht zu unterbreiten, nicht aber die Frage der Verfassungsmäßigkeit dieser Gesetze. Das Justizministerium ist durch gerichtliche Erlasse eine einseitige Verfügung angeordnet worden, in 72 Fällen das entsprechende dem neuen Gesetz über Änderungen mit Verfassungsmäßigkeit eingeleitete Verfahren gegen ausländische Geschäftsführer während der Prüfung der Fälle durch das Gericht aufzuheben.

Wienberg. In einem Rundschreiben an die Schulen betont das Amt für Erziehung und Unterricht die Wichtigkeit der Erlernung der deutschen Sprache für ein späteres wissenschaftliches Studium.

Washington. Der Kriegsamtssekretär Davis bezeichnet die Herausgabe der amerikanischen Kriegsberichte als nicht im allgemeinen Interesse liegend; auch müsse man auf andere Wege Rücksicht nehmen.

## Blutige Streikruhen in Shanghai.

Erste Lage in Fujian.

Wie aus Shanghai gemeldet wird, sind in einer japanischen Sammeloffiziersrevolte ausgearbeitet; die erst nach einem blutigen Zusammenstoß der Polizei beigelegt werden konnten. Drei japanische Agitatoren wurden getötet. In Shanghai rechnet man mit einem Nahrungsmittelkonflikt gegen die Fremden.

Der Berliner Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet: Die Nachrichten aus Fujian lauten immer erregter. Ein Missionar ist ermordet worden; zwei Hospitaläre, eine Schule und eine amerikanische Mission wurden geplündert. Der chinesische Admiral ordnete die Hinrichtung der Mörder an, er ist aber nicht mehr Herr der Lage.

## Die Verschuldung der Landwirtschaft.

Aus dem Haushaltsausschuß des Reichstages.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beriet den Etat des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Von seiten der Regierung wurde ein Überblick über die Entwicklung der landwirtschaftlichen Verschuldung im Jahre 1926 gegeben. Danach beliefen sich die landwirtschaftlichen Hypothekenschulden aus der Nachkriegszeit am 31. Dezember 1925 auf 1100 Millionen, am 31. Oktober 1926 auf 1860 Millionen, also 760 Millionen mehr.

Die landwirtschaftlichen Pfandschulden betragen am 31. Dezember 1925 2000 Millionen, Ende November 1926 1740 Millionen, also 260 Millionen weniger.

Die Gesamtanleiheverschuldung betrug am 31. Dezember 1925 3100 Millionen, im Herbst 1926 3600 Millionen, also 500 Millionen mehr.

Die Maßnahmen gegen ein weiteres Anwachsen der Verschuldung befinden namentlich darin, daß ein allmähliches Abfließen der Erntereste in den Verbrauch unter Vermehrung überzügiger Verläufe gesichert wurde.



Wahrsch. Seit einigen Tagen werden in ganz Rumänien ...

Wahrsch. Die Schädigungen der meliorationischen Landwirtsch. durch ...

\* Tragisches Unglück in einem Berliner Wirtshaus. In einem kleinen Kaffeehaus in der Schiffgäßchen ...

Kaiserin Charlotte 7

Brüssel, 19. Januar. Kaiserin Charlotte von Mexiko ...

Brüssel, 20. Januar. Kaiserin Charlotte von Mexiko ...

Wegen Vatermordes und verurteilt Vatermordes angeklagt ...

Ein Modell des Kopfes Cécérés.

Breslau. Die Professoren des Oberpräsidiums teilen mit ...

Breslau. Wie ein Rezipient Korrespondenz meldet, hatte ...

Bekämpfung des Bettlerwesens.

Das neue Berliner Ernährungsgeld. Bettler hat es wohl schon immer gegeben, aber noch ...

Ernährungsgeld der Stadt Berlin. 5, 10, 25. Includes logos and text about food allowances for different groups.

der Magistrat der Stadt Berlin ein eigenes Ernährungsgeld ...

Tragödie der Jugend.

In der Reichshauptstadt haben sich innerhalb eines Monats ...

sehung zu Oftern zweifelhafte war und ein diesbezüglicher ...

Parlamentssitzen.

Die Damen mit dem Strickstrumpf. In den Tagen wo keiner als je die Parteien des ...

Dem Zuförder fällt alsbald etwas Besonderes auf, etwas ...

Börse und Handel.

Table with 2 columns: Commodity (Getreide, Mehl, etc.) and Price/Value. Includes sub-tables for 'Börse' and 'Handel'.

\* Gierpreise für den Eiermarkt. a) Inländische Eier ...

\* 60-Millionen-Auflage der Frierer. Krupp A. G. Ein ...

Gemeine Zeitbilder.

Der Dichter, wenn er mal was dichtet, flücht nicht zur ...

Richtig Kochen

Advertisement for Maggi's Soup. Includes an image of a soup can and text describing its benefits.

Galderon

man den Romanisten, vor allem den Südbairern, der größte ...

Alfred de Musset: Der Sohn des Tizian.

Wolke. Mit dem Französischen von Ernst Sander. Universal-Bibliothek ...

Kirchliche Nachrichten.

3. Sonntag nach Epiphania, den 23. Januar. Vorm. 10 Uhr: Hauptgottesdienst im Gemeindefest. (Geistl. Pastor ...)

# Mein Inventur- und Reste-Ausverkauf

## bietet Ihnen noch heute grosse Vorteile!

**Friedrich Krey,**  
Inh. Emil Krey.

### Öffentliche Steuerermahnung.

Die Steuerpflichtigen werden hiermit aufgefordert, ihre Rückstände an Grund-, Kommunal- und Hauszinssteuer für den Monat Januar 1927, gelassen aus den Abteilungen 8 (Bod.) und 11 (Orts) nachstehende Aus- und Brennfelder meistbietend gegen Barzahlung zum Verkauf:

Nebra, 21. Januar 1927.  
Die Stadtkassiererin.  
Wird veröffentlicht  
Der Magistrat.

### Holz-Verkauf

Forstrevier Nebra

Im Bahnhause zu Wippach, Dienstag, den 23. Januar 1927, gelassen aus den Abteilungen 8 (Bod.) und 11 (Orts) nachstehende Aus- und Brennfelder meistbietend gegen Barzahlung zum Verkauf:

- 47 Fichtenstangen II. Klasse,
- 24 Stück Fichtenstangen III. Klasse,
- 74 rm Buchen- und Eichen-Schäfte,
- 70 rm Buchen-Hollen, 2 Meter lang,
- 22 rm Eichenrollen, 2 $\frac{1}{2}$  Meter lang,
- 47 rm Buchen- und Eichen-Schnüppel,
- 6 rm Buchen-Stodholz,
- 288 rm Buchen- und Eichen-Holz II. Klasse.

Die Fichtenstangen liegen auf dem Erlos.  
Zusammenkunft 10 Uhr vormittags.  
Verkaufbedingungen werden im Termin bekannt gegeben.  
Wippach, den 14. Januar 1927.

von Helldorff'sche Forstverwaltung.

### Reinsdorf 1. Allgemeine Reinsdorf Geflügel- u. Kaninchen-Ausstellung

zu Reinsdorf bei Wittenburg am  
Sonnabend und Sonntag,  
den 22. und 23. Januar 1927.

Bereitgestellt vom  
Verein für Geflügel- und Kleintierzucht  
Reinsdorf und Umg.

Eröffnung der Ausstellung: Sonnabend vorm. 9 Uhr.  
Geöffnet an beiden Tagen von vorm. 9 Uhr bis abends 8 Uhr.  
Eintrittspreis: 50 Pf., Kinder die Hälfte. Katalog 50 Pf.,  
Lose à 20 Pf.

Zu zahlreichen Besuch ladet freundlichst ein  
Die Ausstellungsleitung.

### Heute Sonnabend, abends 8 Uhr: Nebraer Kameraden und Freunde! Auf nach Wegendorf zum „Manöverball“!

Es ladet freundlichst ein

Schöneburg. Der Kriegervein.

### Regelklub Kurant

Sonntag, den 23. Januar, von abends  
8 Uhr ab, im „Ratskeller“

## Großer Masken-Ball

Die 2 besten und die originellsten Masken werden  
prämiiert. — Masken frei!  
Es ladet ein — Der Vorstand.

### Kleinwangen.

Sonntag, den 23. Januar, abends 7 $\frac{1}{2}$  Uhr

## Maskenball,

wogu freundlichst einladet

Neumann.

### Nebra Schützenhaus.

Dienstag, den 25. Januar 1927,  
abends 8 Uhr,

Einmaliges Gaßspiel des  
Jean Gilbert-Ensemble  
mit dem Schläger der Saison

### In der Johannismacht

Operette in 3 Akten von Robert Gilbert

### Musik von Jean Gilbert

Die Operette wurde von diesem Ensemble in  
Berlin, Hamburg, Dresden, Bremen, Mannheim und  
zuletzt in Halle mit sensationellem Erfolg durchgeführt.  
16 Mitwirkende! — Entzückende Kostüme!

Preise der Plätze: 1,50, 1,25, 0,60 Mk.  
Vorverkauf in Schützenhaus.

**Schützenhaus Nebra**  
Sonntag, den 23. Januar, abends 8 Uhr:  
**Extra-Konzert**  
und Ball.  
Eintritt 50 Pf.  
Es ladet freundlichst ein  
**Rockrohr**

Älteste reellste Bezugsquelle für  
**Neue Gänsefedern** aus  
erster Hand!  
Alle Federn garantiert gewaschen und staubfrei. —  
Federn wie man sie von der Gans ruft mit allen  
Daunen p. Pfd. 2,50 Mk., beste 3,50 Mk.  
Pr. Halbdaunen p. Pfd. 5.—  
Dreiviertel Daunen Ia 6,75 „  
Weiche zarte Volldaunen 9,75 „  
Mit Handger. Federn m. Daunen 4.— 5.—  
Beste zart und weich 6,20, 5,75 Mk.  
Rein weißer Daunenschleib 8,25, 7,50 „  
Versand gegen Nachnahme von 5 Pfund ab portofrei.  
Nichtgefallenes nehme auf meine Kosten zurück.

**J. Graupe,** Neu-Trebbin 173 (Oderbruch) Gegr. 1841

### Plissée die grosse Mode

beste Ausführung nur bei der  
Färberei und chem. Reinigungsanstalt  
**Carl Bartels,**  
Naumburg a. S.  
Annahmestelle für Nebra:  
**Friedrich Krey,** Manufakturwaren.

Man sollte  
dem Jungvieh sofort nach dem Abgehen  
Dr. Brockmann's Vieh-Lebertran-  
Gummi  
„Osteosan“  
verabreichen. Man erzielt schnellwüchsig,  
gesund, kraftstärkendes Vieh. — Schutz  
vor Krampf und Kähme. Keine Ferkel-  
und Kälbersterben! Preispaß kosten-  
frei. Gilt nur in Orig.-Packungen. Zu haben  
in Drogerien, Apothek. u. sonst. einschläg. Geschäften. Wo nicht, durch  
**M. Brockmann, Chem. Fabr. m. b. H., Leipzig-Entr.**  
Bestimmt zu haben in Nebra bei der Apotheke zur  
gold. Aue S. Ulrich.  
In Nebra bei Walter Gutschmuth, Adler-Drogerie.

### Mißfarbene Zähne

entstellen das schönste Antlitz. Aber Mundgeruch wirkt abstoßend.  
Beide Schönheitsfehler werden gründlich beseitigt oft schon durch  
einmaliges Bürsten mit der herzlich erfindlichen **Chlorodont-**  
Zahnpasta. Die Zähne erhalten danach einen wunderbar  
vollen Lebensglanz, auch an den Seitenflächen, besonders bei  
gleichzeitiger Benutzung der dazwischen befindlichen **Chlorodont-**  
**Zahnbürste** mit geschultem Borstenzweig. Feineste  
Speisereste in den Zahnlückenräumen als Ursache des üblen  
Mundgeruchs werden gründlich damit beseitigt. Besonderen Sie es  
gemacht mit einer feinen Tube zu 60 Stk. **Chlorodont-**  
**Zahnbürste** für Kinder 70 Pf., für Damen 20 Pf., 1,25 (weiche  
Sorten), für Herren 2 Pf. 1,25 (harte Sorten). Nur erst in klein-  
gehaltener Originalpackung mit der Aufschrift „Chlorodont“.  
Überall zu haben.

### 100 Rasierklingen

5,80 Mark franco  
Nichtgefallen: Geld zurück!  
**Ja. v. Münchhausen,**  
Wermilinde-Lehe

### Der zweite Weltkrieg

1927  
1918  
1933  
von Baron von Räderich.  
Beschlagnahm gewesen, wieder freigegeben!  
Aufsehen erregend schildert eine Schrift die ungeheuren  
Verwüstungen, die über Europa hereinbrachen. Ferner  
Der kommende Freiheitskrieg  
und Rückkehr Kaiser Wilhelm II.  
Beide Schriften zusammen zum Preise von Mk. 1.—  
Vereinbarung über Mk. 1,50 franco Postnahme.  
Jeder Besteller erhält noch ein schönes Buch  
(ca. 100 Seiten stark) Wert Mk. 1.— gratis.  
Buchversand P. Elsner, Stuttgart, Schlossstr. 57B

Alle Woche  
Freitag und Sonnabend  
**prima  
Rohfleisch**  
sowie  
**Würst und Gehacktes.**  
**Brückner,**  
Weichplan 6.

**Beyers**  
**Mode-Führer**  
Herbst-Winter  
1926/27  
Band I  
Damen-Kleidung  
Preis M. 1,50  
Band II  
Kinder-Kleidung  
Preis M. 1.—  
Reichhaltige Auswahl  
kleidamer Modelle  
für jeden Geschmack  
Überall erhältlich  
Verlag  
**Otto Beyer**  
Leipzig T

### Bürger-Verein

Sonnabend, den 22. Jan.  
**General-  
Versammlung**  
im „Weißen Hof“.  
Tagesordnung:  
1. Kassenbericht.  
2. Vorstandswahl.  
3. Wünsche und Anträge.  
Um vollzähliges Erscheinen  
bittet  
Der Vorstand

Freiherren  
**Kaffee**  
1/4 Pfund von 75 Pf. an,  
**Kakao**  
1/4 Pfund von 20 Pf. an,  
schlechte  
**Landeier**  
Stück 17 Pf.,  
**Margarine**  
Pfd. 58 Pf.,  
**Apfelfinen**  
Stück von 6 Pf. an,  
**Zitronen**  
Stück von 5 Pf. an.  
**Otto Herrmann**

# Nebrader Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Ercheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat:  
Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 0.85 Mk.

Schriftleitung: Wilt. Sauer in Koblentz.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 24/25.  
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Zeilenbreite 5 Pf., die 90 mm breite Zeilenbreite im Restamt 15 Pf.  
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten:  
Stadtpostkassa Nebra — Bankverein Artern.

Nr 6

Sonnabend, den 22. Januar 1927

40. Jahrgang

## Ergebnislose Bemühungen

von Dr. Marx.

Wirrwarr im Reichstag.

Der geschäftsführende Reichstagsler Dr. Marx hat den ihm erteilten Auftrag zur Sondierung der Möglichkeiten der Bildung einer Reichsregierung der Mitte in die Hände des Reichspräsidenten zurückgelegt. Über diesen Schritt wird amtlich folgende Meldung ausgegeben:

Berlin, 20. Januar.

Zu Fortführung der auf die Bildung einer Regierung der Mitte gerichteten Bemühungen hatte heute morgen der Herr Reichstagsler eine erneute eingehende Aussprache mit dem Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Volkspartei, dem Abgeordneten Dr. Schulz. In den Mittagsstunden empfing der Herr Reichstagsler den Herrn Reichspräsidenten Bericht über das Ergebnis seiner bisherigen Sondierungen. Angesichts der Widersprüche, auf die er bei diesen Bemühungen um eine Regierung der Mitte gestoßen ist, legte der Herr Reichstagsler dem ihm gewordenen Auftrag in die Hände des Herrn Reichspräsidenten zurück. Der Herr Reichspräsident hat sich seine weiteren Entschlüsse vorbehalten.

Aber die Aussprache zwischen dem Führer der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei, Dr. Schulz, und dem Reichstagsler Dr. Marx wird bekannt, daß Dr. Schulz hierbei auf einen Beschluß der Deutschen Volkspartei zu sprechen kam, in dem festgelegt wurde, daß die Frage nicht endgültig geklärt sei, die sachlichen Voraussetzungen für ein Zusammenwirken mit der deutschen Reichstagsfraktion auf inner- und außenpolitischem Gebiet gegeben seien. Dr. Schulz erläuterte bei seinem Bericht dem Reichstagsler die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei dahin, daß die Volkspartei den Versuch einer Koalition mit der Mitte für aussichtslos halte und Dr. Marx daher ersuche, mit den Deutschnationalen über eine Bildung einer Reichstagskoalition zu verhandeln.

Auch die Reichstagsfraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung hat es in einer Entschließung abgelehnt, sich einem Kabinett der Mitte gegenüber zu binden, das in sozialistischer Beziehung zu weitgehenden Verpflichtungen eingehen würde. Dieser Beschluß richtet sich, wohl gegen die Bemühungen, einen Kabinett der Mitte zum parlamentarischen Ziel durch die Unterstützung der Sozialdemokraten zu verhelfen.

In Reichstagskreisen besteht jedenfalls augenblicklich ein völliger Wirrwarr und unter den Abgeordneten gewinnt die Überzeugung immer mehr an Boden, daß der Reichstag aufgelöst werden müsse, um durch Neuwahl zu verhelfen, eine klare Mehrheit für eine stabile Regierung zu erreichen.

## Marg von neuem beauftragt.

Schreiben des Reichspräsidenten an den Reichstagsler.  
Reichspräsident v. Hindenburg hat am Donnerstag nachmittag das nachfolgende Schreiben an den geschäftsführenden Reichstagsler Dr. Marx gerichtet:

Sehr geehrter Herr Reichstagsler! Sie außen- und innenpolitische Lage des Reiches erfordert eine arbeitsfähige und starke Regierung. Die Regierung wird an erfolgreichsten arbeiten können, wenn sie sich auf eine Mehrheit im Reichstag stützen kann. Die Bildung einer solchen Mehrheit unter Einschluß der linken Kräfte ist ein Ziel, das ich mir wünsche. Ich bitte Sie, die Bildung einer solchen Mehrheit zu versuchen, eine klare Mehrheit für eine stabile Regierung zu erreichen.

## Die deutsche

Vor dem Sta...  
legenheiten hat...  
der Kammer ge...  
Frankreich den...  
den des Französi...  
den des Französi...  
Sachagentur eine längere offizielle Mitteilung verbreitet.

Damach legte Briand vor allem Wert auf die Feststellung, daß vollständige Einigkeit der Regierung in allen Fragen der Außenpolitik bestehe, ob es sich nun um Deutschland, Italien, Spanien oder China handle. Interessanter Briand zitierte alsbald an die Bedingungen, unter denen die Regierung die Annäherungspolitik mit Deutschland durch den Abschluß der Abkommen von Locarno eingeleitet habe. Zwischenfälle wie die, die sich in der besetzten Zone ereignet hätten, so bedauerlich sie seien, dürften Frankreich nicht hindern, sein hervorragendes Friedenswerk fortzusetzen. Die Regierung wolle die Wahrung ihrer auswärtigen Politik nicht unterbrechen und werde entschlossen daran festhalten mit der festen Hoffnung, daß ihr ein entsprechender Wille Deutschlands ihre Aufgabe erleichtern werde. Deutschland beste auf Grund des Vertrages das Recht, die Frage der vorzeitigen Räumung zu stellen, wenn es seinen Verpflichtungen hinsichtlich der Reparationen und der Sicherheit nachkommen sei. An dem Tage, an dem Deutschland einen derartigen Antrag stellen werde, werde er vom Ministerrat geprüft werden. Dieser habe darüber zu entscheiden, ob die Garantien genügen, die sowohl hinsichtlich der Reparationen wie der Sicherheit als Gegenleistung für die vorzeitige Aufgabe des Besetzungsrechts, das Frankreich aus dem Versailler Vertrag herleite, angeboten würden. Es werde also die ganze Verantwortung auf Deutschland besetzt werden und eine Entscheidung zu treffen haben. Auf keinen Fall würden der Ministerrat und das Parlament vor eine vollendete Tatsache gestellt werden.

Zur Frage der Entwarnung, die einen der wesentlichsten Faktoren des Sicherheitsproblems bilden, machte Briand einige genauere Angaben über die zwischen der Reichsregierung und dem französischen Ministerrat von Versailles und General von Painsitz geführten Verhandlungen.

Bezüglich der Forderungen an der deutschen Grenze erinnerte Briand daran, daß die Angelegenheit ihren Lauf nehmen und man gegenwärtig neue deutsche Vorschläge erwarte und daß man die Erfüllung nicht aufgeben werde, daß ein Abkommen vor dem 1. Februar zustande kommen könne, am dem der Räterbund automatisch mit der Frage befaßt werden würde, wenn bis dahin kein Abkommen zustande gekommen sei.

## Politische Rundschau

Deutsches Reich

Die deutsche demokratische Fraktion und die Reichswehr.  
Die deutsche demokratische Reichstagsfraktion behandelte die Frage der Reichswehr und nahm folgenden Beschluß einstimmig an: Die deutsche demokratische Fraktion ist bereit, auf das schärfste, daß ein General in die Politik eingreift und hierbei verlegende und durch Tatsachen widerlegte Angriffe gegen die Deutsche Demokratische Partei erhebt. Sie erludt ihren Vorfaß, die nötigen Schritte gegen die Wiederholung eines solchen Vorgehens und für die Wahrung der Verhältnisse, die ihm zugrunde liegen, zu tun.

Die Pension des Generals Wittwits.  
Im Haushaltsausschuß des Reichstages brachte beim Kapitel Reichsverwaltungsgericht der sozialdemokratische Abgeordnete die Zuerkennung der Pension an General v. Wittwits zur Sprache. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erklärte auf Verlangen, eine Aufrechnung wegen Schadensersatz könne von Arbeitsminister nicht erfolgen, weil es sich da um zivilrechtliche Ansprüche handele, mit denen das Reichsverwaltungsgericht nichts zu tun hat. Der Präsident des Reichsverwaltungsgerichts, Scheffer, setzte auseinander, daß das Urteil im Falle Wittwits ganz korrekt nach rein wissenschaftlich-juristischen Erwägungen gefällt sei.

Parlamentsreform in Braunschweig.  
Von der braunschweigischen Regierung ist, einem Antrag des Landtages entsprechend, eine Vorlage eingebracht worden, die eine Herabsetzung der Zahl der Landtagsabgeordneten von 48 auf 36 vorsieht. Ferner wird darin zum Ausdruck gebracht, daß Minister nicht zu gleicher Zeit Abgeordnete sein sollen. Diese Bestimmungen sollen erst für den kommenden Landtag Anwendung finden, der Anfang September dieses Jahres gewählt werden wird. Das Zustandekommen der notwendigen Zweidrittelmehrheit für die Beratung der Abgeordnetenzahl ist sehr zweifelhaft.

## Entlassung von 5400 Eisenbahnarbeitern.

Berlin. Gegen den von der Reichsbahn geplanten Abschied von 5400 Eisenbahnarbeitern, die durch Modernisierung und Zusammenlegung von Eisenbahnwerkstätten ermöglicht werden soll, haben die Gewerkschaften bei der Hauptverwaltung der Reichsbahn Einspruch erhoben, und zwar unter der Begründung, daß gegenwärtig in den Werkstätten eine neuhilfsfähige Arbeitszeit bestehe. Bei achtstündiger Arbeitszeit könnte ein Teil der für die Entlassung vorgesehenen weiterbeschäftigt werden. Die Reichsbahn hat die Gewerkschaften zu Befredungen über die Frage geladen. Es soll sich um eine Entlassung von 5400 Arbeitern handeln.

Neuregelung der Grund- und Gebäudesteuer in Preußen.  
Berlin. Das preussische Staatsministerium hat den Entwurf eines Grund- und Gebäudesteuergesetzes verabschiedet. Das Gesetz, das an die Stelle des vorläufigen preussischen Grundvermögenssteuergesetzes tritt, stellt die Einführung der

bei der Reichsberwertung festgelegten Einheitswerte auch zur die preussische Grund- und Gebäudesteuer vor. Der Steuerfuß ist einheitlich für landwirtschaftliches wie für das übrige Grundvermögen auf 35 pro Tausend des Wertes vorzusehen. Eine Staffelform bei der Grundsteuer, wie sie bisher bei den alten preussischen Grundvermögenssteuerungen in Kraft war, ist grundsätzlich nicht mehr in Aussicht genommen. Mit Rücksicht aber auf die kleineren Besitzer ist bei der Grundsteuer eine kleine Befreiung des Grundvermögens in Höhe von 1000 bis 2000 Mark für die Grundsteuer auf 3 pro Tausend ermäßigt. Hinsichtlich der Grundvermögenssteuerung Gebäude gelten für die Übergangszeit noch besondere Bestimmungen für den Steuerfuß.

## Aus In- und Ausland.

Rümsberg. Als im Stadtrat der Nationalsozialist Joly die Antisparten als Arbeitgeber betrachte, wurde er von den sozialdemokratischen Stadträtern verprügelt. Die Polizei wurde räumte darauf den Sitzungssaal.

Paris. „Avenir“ behauptet, Briand verhandle seit einigen Tagen mit Mussolini, woraus herbeizulehnen, daß der Minister eine Verhandlung mit Italien für notwendig halte.

Rom. „Giornale d'Italia“ berichtet, daß im ganzen Februar turnusweise Länder der ganzen Alpenregion Italiens 50 Interaktionen der verschiedenen Völkergruppen stattfinden, da bei der langen Alpenregion Italiens das ganze Meer auf den alpinen Krieg vorbereitet werden müsse. Einbruch der Danziger Eisenbahner gegen den Eisenbahnerverband. Die Gewerkschaft der Eisenbahner in Danzig hat ihren Einspruch erhoben gegen den Eisenbahnerverband.

Ein Schritt Ungarns bei der Zollschärfung?  
Budapest. In offiziellen Kreisen werden die Nachrichten, daß die ungarische Regierung bei den Großmächten Schritte unternimmt, hat in der Angelegenheit der Aufhebung der Militärinteraktion in Ungarn, schätzte, die diesbezüglichen Vorstellungen wurden bei der Zollschärfungsfunktion gemacht. Die Nationalisten, auf die anderen Regierungen hierin zu unterrichten, ist nicht aufgetaucht.

## Antifractions eines mexikanischen Landbesitzes.

Washington. Wie die mexikanische Presse bekannt macht, wird das Gesetz, welches Ausländern in einer Zone innerhalb 50 Kilometer von der Küste und 100 Kilometer von der Landengasse entfernt Eigentumsrechte an Grund und Boden entzieht, am 21. Januar in Kraft treten. Nach einer weiteren Meldung aus Mexico soll Präsident Calles seine Vereinfachung angeordnet haben, die Auswirkungen der Erdölgesetzgebung soll für Fall eines Schiedsgerichts zu unterbreiten, nicht aber die Frage der Verhängung dieser Gesetzgebung. Das Schiedsgericht ist durch gegenseitig erlassene einseitige Verfügungen aufgehoben worden, in 72 Fällen das entsprechend dem neuen Gesetz über Änderungen mit Verordnungen einmündete Verfahren gegen ausländische Gesellschaften während der Prüfung der Fälle durch das Gericht aufzusuchen.

New York. In einem Rundschreiben an die Schulen betont das Amt für Erziehung und Unterricht die Wichtigkeit der Erlernung der deutschen Sprache für ein höheres wissenschaftliches Studium in einer Zone.

## Blutige Streifenruhen in Shanghai.

Erfolge Lage in Futschan.

Wie aus Shanghai gemeldet wird, sind in einer japanischen Gegendoffiziererei 2000 Soldaten aufgebracht, die erst nach einem blutigen Zusammenstoß mit der Polizei beiseite getrieben wurden. Drei japanische Agenten wurden getötet. In Shanghai rechnet man mit einem Nahrungsmittelboykott gegen die Fremden.  
Der Befehlsgabe des Reichspräsidenten des „Dahli Telegramm“ meldet: Die Nachrichten aus Futschan lauten immer ernster. Ein Millionär ist in der Stadt von der Polizei getötet, eine Schule und eine amerikanische Mission wurden geplündert. Der chinesische Admiral ordnete die Hinrichtung der Mörder an, er ist aber nicht mehr Herr der Lage.

## Die Verschuldung der Landwirtschaft.

Aus dem Haushaltsausschuß des Reichstages.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beriet den Etat des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Von Seiten der Regierung wurde ein Überblick über die Entwicklung der landwirtschaftlichen Verschuldung im Jahre 1926 gegeben. Danach belaufen sich die landwirtschaftlichen Hypothekenschulden aus der Nachkriegszeit am 31. Dezember 1925 auf 1100 Millionen, am 31. Oktober 1926 auf 1800 Millionen, also 700 Millionen mehr.  
Die landwirtschaftlichen Personalverluste betragen am 31. Dezember 1925 2000 Millionen, Ende November 1926 1740 Millionen, also 260 Millionen weniger.  
Die Gesamtdarlehensverschuldung betrug am 31. Dezember 1925 3100 Millionen, im Herbst 1926 3600 Millionen, also 500 Millionen mehr.  
Die Maßnahmen gegen ein weiteres Anwachsen der Verschuldung befinden namentlich darin, daß ein ähnliches Mißgehen der Ernterücklagen in den Verbrauch unter Vermehrung überflüssiger Verläufe gestiftet wurde.